

Initiativantrag

Sicherung der Demokratieprojekte in Rheinland-Pfalz

Die Linke Rheinland-Pfalz fordert die Landesregierung dazu auf, die Finanzierung aller Demokratieprojekte in Rheinland-Pfalz, deren Existenz durch den nicht verabschiedeten Bundeshaushalt 2024 bedroht ist, kurzfristig und unbürokratisch sicherzustellen.

Begründung:

Derzeit verfügen diese wichtigen Demokratieprojekte über keine Förderzusagen zum 1. Januar 2024 durch das zuständige Bundesfamilienministerium für das letzte Förderjahr der aktuellen Periode von „Demokratie leben!“. Wenn es bis spätestens Weihnachten keine Lösung gibt, müssen Kompetenznetzwerke, Beratungsstellen und Modellprojekte zum Jahreswechsel ihre Arbeit einstellen. Dies betrifft viele Beratungsangebote für Opfer rechter Gewalt und für Antisemitismus Betroffene, Mobile Beratung als Unterstützung für Kommunalpolitik und Zivilgesellschaft, die bundesweiten Kompetenznetzwerke der Bildungs- und Vernetzungsarbeit zu Rassismus und Diskriminierung, Projekte der Deradikalisierungs- und Ausstiegsarbeit sowie die kommunalen Partnerschaften für Demokratie. Diese stehen damit vor dem Aus. Für die vielen aktiven und engagierten Menschen dieser Projekte würde das neue Jahr mit dem Verlust ihrer Arbeitsplätze beginnen. Gleichzeitig würden in einer Zeit in der rechte Strukturen erstarken, Faschismus, Rassismus, Antisemitismus, „LGBTQIA+“- , Menschen- und Demokratiefeindlichkeit immer offener in unserer der Gesellschaft zum Vorschein kommen, viele wichtige Projekte, die gegen diese Entwicklungen ankämpfen schlagartig verschwinden.

Weiteres ist der Pressemitteilung der Bundesarbeitsgemeinschaft

Demokratieentwicklung, vom 8.12.2023 zu entnehmen. U. a. nachzulesen unter:

<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/pressemitteilungen/hundertendemokratieprojekten-droht-das-aus-zum-1-januar-tausende-entlassungen-sind-zu-befuerchten/>